



ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST

DONAU-INSTITUT

FÜR INTERDISZIPLINÄRE FORSCHUNG BUDAPEST



SZÉCHENYI TERV

Donau-Institut Working Papers

Björn Buß, M.A.

Über Macht und Medien in Mitteleuropa: Empirische Analyse der Verknüpfung von Medien und Politik in den 2004er- Beitrittsländern zur Europäischen Union

Donau-Institut Working Paper No. 45

2014

ISSN 2063-8191

Nemzeti Fejlesztési Ögynökség
www.ujszechenyiterv.gov.hu
06 40 638 638



A projekt az Európai Unió támogatásával, az Európai Szociális Alap társfinanszírozásával valósul meg.

TAMOP-4.2.2/B-10/1-2010-0015

Björn Buß, M.A.

Über Macht und Medien in Mitteleuropa: Empirische Analyse der Verknüpfung von Medien und Politik in den 2004er-Beitrittsländern zur Europäischen Union

Donau-Institut Working Paper No. 45

2014

ISSN 2063-8191

Edited by the Donau-Institut, Budapest.

This series presents ongoing research in a preliminary form. The authors bear the entire responsibility for papers in this series. The views expressed therein are the authors', and may not reflect the official position of the institute. The copyright for all papers appearing in the series remains with the authors.

Author's address and affiliation:

Björn Buß, M.A.

Doktorand / Leuphana Universität Lüneburg

E-Mail: bjoern.buss@uni.leuphana.de

Twitter: [@bjoern_buss](https://twitter.com/bjoern_buss)

© by the author

Inhalt

Abstract	4
1. Einleitung	1
2. Forschungsstand	2
3. Konzept des politischen Parallelismus	4
4. Messung des politischen Parallelismus in mittel- und osteuropäischen Staaten	9
4.1 Forschungsmethode und Daten	11
4.2 Ergebnisse	13
5. Fazit	16
Literaturverzeichnis	18
Anhang	21

Abstract

The aim of this paper is the transmission of the concept of political parallelism on some states in Central and Eastern Europe. The concept compiled by Seymour-Ure (1974) and adapted by Blumler/Gurevitch (1995) and Hallin/Mancini (2004) is statistically quantitatively analyzed regarding the parallelism between the use of the media and the preference of a party in a cross-national comparison. In previous papers (Van Kempen 2006, 2007) Western European states were examined. As a result it can be said that there is a variance in the dimension of political parallelism between the eight examined countries. With this three groups of states can be identified.

Keywords: Political Parallelism, Media System, Comparative Method

1. Einleitung*

Das Interesse an Gemeinsamkeiten und Unterschieden der Medien, ihren gesellschaftlichen Zielen und unterschiedlichen Ausformungen in den verschiedenen Regimetypen von autoritär bis demokratisch wird durch folgende Frage prägnant: „why is the press as it is?“ (Siebert et al. 1956: 1). Die für die vergleichende Analyse und Klassifikation der Beziehung zwischen nationalen Mediensystemen und politischen Systemen schon als Standardwerk und „entry point for analysis“ (McQuail 2010: 242) zu bezeichnende Arbeit von Hallin/Mancini nimmt sich ebenfalls dieser Frage an (2004: 1) und auch die vorliegende Analyse baut ihr Forschungsgerüst auf selbiger auf.

Als ein das Mediensystem prägender Faktor lässt sich das politische System identifizieren. Dies kann durch die Setzung des strukturellen und institutionellen Rahmens (polity), die Akteure während der Herstellung und Durchsetzung medienpolitischer Entscheidungen (politics) und durch die konkreten medienpolitischen Regeln und Entscheidungen (policy) geschehen (Puppis 2010: 36-37). Ob somit allerdings, wie im Instrumentalisierungsparadigma postuliert, von der Übermacht der Politik gegenüber den Medien gesprochen werden kann, bleibt hierbei ausgeklammert, da der umgekehrte Einfluss ebenfalls festzustellen ist (Jarren/Donges 2006: 25). Ohne die konkrete Wirkrichtung bestimmen zu wollen, lassen sich Zusammenhänge zwischen Mediensystem und politischem System finden: „Mediensysteme spiegeln [...] soziale und politische Strukturen“ (Schneider 2002: 422). In der vorliegenden Arbeit versteht sich das Zusammenspiel von Mediensystem und politischem System als „Interpenetrationsverhältnis mit wechselseitigen Abhängigkeiten und Anpassungsprozessen“ (Jarren/Donges 2006: 25). Um diese Verbindung näher zu untersuchen, bietet sich das Konzept des politischen Parallelismus an.

Mit dem politischen Parallelismus (Blumler/Gurevitch 1995; Hallin/Mancini 2004; Seymour-Ure 1974) wird ein Verständnis der Verknüpfung zwischen Medien und Politik als theoretische Ausgangsbasis gewählt, welches bisher hauptsächlich in westlichen Demokratien untersucht (u.a. Berkel 2006; Humanes et al. 2013; Van Kempen 2006, 2007) und bisher nur vereinzelt in anderen Kulturkreisen komparativ angewendet wurde (exemplarisch Albuquerque 2013; Bayram 2010; Çarkoğlu/Yavuz 2010; Kraidy 2012; Mellado et al. 2012; Weisbord 2013). Vereinfacht ausgedrückt bilden sich im politischen System und im Mediensystem parallele Strukturen in verschiedener Ausprägung. Mit der vorliegenden Arbeit wird der Versuch unternommen, die Konzeption auf die acht mittel- und osteuropäische Staaten anzuwenden, welche im Jahr 2004 der Europäischen Union beigetreten

* Der Autor wurde im Rahmen des Projektes TÁMOP-4.2.2/B-10/1-2010-0015 unterstützt.

sind. Dies sind: Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakische Republik, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn. Neben der Übertragung des politischen Parallelismus auf theoretischer Ebene stellt sich die Frage, ob sich mittels einer empirischen Untersuchung auch Möglichkeiten der Quantifizierung ergeben können. Die vorliegende Arbeit widmet sich somit der Beantwortung folgender Forschungsfrage: Lässt sich das Konzept des politischen Parallelismus auf die Staaten Mittel- und Osteuropas anwenden?

2. Forschungsstand

Bis zur Mediensystemtypologie von Hallin/Mancini (2004) waren vor allem normative Modelle in der Kommunikationswissenschaft vorherrschend.¹ Die ideengeschichtlich begründete Analyse von Siebert et al. (1956) formuliert vier idealtypische Mediensysteme: zwei demokratische (Liberalismus, Sozialverantwortung) und zwei undemokratische (Autoritarismus, (Sowjet-)Kommunismus). Das (Sowjet-)Kommunismus-Modell wurde bis zum Ende des Kalten Krieges trotz des Mangels an empirischen Belegen als treffende Beschreibung der Medien in den Ländern des sowjetrussischen Einflussbereiches angesehen. Die Medien waren durch die herrschende kommunistische Partei und ihnen nahestehende Organisationen kontrolliert und zielten mit ihrer Berichterstattung funktional auf die Systemunterstützung und oblagen einer staatlichen Zensur. Als maßgeblicher Kritikpunkt an „Four Theories of the Press“ (Siebert et al. 1956) gilt dann auch die durch die Entstehungszeit zu erklärende ideologische Färbung mit dem Liberalismustypus als positiven Referenzpunkt (Puppis 2007: 105; Thomaß 2007: 33).

Erst mit der Arbeit von Hallin/Mancini (2004) wurde der ideologische und normative Anspruch für eine theoriegeleitete empirische Untersuchung aufgegeben. Beide Autoren unterstellen ein interdependentes Verhältnis zwischen Medien und Politik und analysieren 18 westliche Staaten anhand vier medialer und fünf politischer Dimensionen. Die medialen Einflussfaktoren sind: die Entwicklung des Medienmarktes, die Professionalisierung des Journalismus, der politische Parallelismus und die Rolle des Staates bezüglich der Medien (Hallin/Mancini 2004: 21-44). Jede der vier medialen Dimensionen lässt sich entweder als schwach oder stark beschreiben (Hallin/Mancini 2004: 299), auch wenn einige Autoren zusätzlich noch von einer mittleren Ausprägung ausgehen (Blum 2005: 7) (Tabelle 1). Eine interpretative Unterscheidung der einzelnen Dimensionen auf einer Achse von einem niedrigen über einen mittleren bis hin zu einem hohen Wert trägt zum besseren

¹ Einen wissenschaftshistorischen Überblick über die Entwicklung der Mediensystemforschung geben Jakubowicz (1999); Massmann (2003); Nordenstreng (1997); Thomaß (2007); Thomaß/Kleinsteuber (2011).

Verständnis der Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Mediensystemen bei. In den fünf politischen Dimensionen untersuchen die Hallin/Mancini das Konfliktmuster, das Regierungsmuster (Konsens- oder Mehrheitsregierung), den Organisationsgrad der Interessenvertretungen, die Rolle des (Wohlfahrt)Staates und die Herausbildung einer rational-gesetzlichen Autorität (2004: 46-65).

Anhand der Analyse der Eigenschaften des Mediensystems und des politischen Systems kommen Hallin/Mancini zu drei Idealtypen, denen sie die untersuchten westlichen Länder zuordnen: das mediterrane bzw. polarisiert-pluralistische Modell (Frankreich, Griechenland, Italien, Portugal, Spanien); das nordeuropäische bzw. demokratisch-korporatistische Modell (Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz) und das nordatlantische bzw. liberale Modell (Großbritannien, Irland, Kanada, USA) (2004: 73-75).

Tabelle 1: Einordnung der Ausprägungen innerhalb der Idealtypen von Hallin / Mancini und Blums Differenzierung (in Klammern)

	Polarisiert-pluralistisches Modell	Demokratisch-korporatistisches Modell	Liberales Modell
Entwicklung des Medienmarktes	Niedrig	Hoch	Hoch (Mittel)
Politischer Parallelismus	Hoch	Hoch (Mittel)	Niedrig
Professionalisierungsgrad	Niedrig	Hoch	Niedrig
Staatseinfluss	Hoch	Hoch	niedrig

Quelle: Hallin/Mancini 2004: 299; Blum 2005: 7.

Blum (2005) erweitert in seiner Arbeit die Dimensionen politische Kultur – bei Hallin/Mancini Konfliktmuster –, politischer Parallelismus, Rolle des Staates von Hallin/Mancini (2004) um fünf weitere: Regierungssystem, Medienfreiheit, Medienfinanzierung, Medienkultur und Medienorientierung. Diese acht Dimensionen weisen in einer liberalen, einer mittleren und einer regulierten Leitlinie Unterschiede auf (Blum 2005: 9). Nur theoretisch und ohne eigene empirische Untersuchungen begründet, identifiziert Blum weltweit sechs verschiedene Modelle anhand der Ausprägungen der drei Leitlinien in den acht Dimensionen. Die sechs Modelle umfassen Großregionen, wobei Blum jeweils ein Beispiel nennt: das atlantisch-pazifische Liberalismus-Modell (USA), das südeuropäische Klientel-Modell (Italien), das nordeuropäische Service-Public-Model

(Deutschland), das osteuropäische Schockmodell (Russland), das arabisch-asiatische Patriotenmodell (Ägypten) und das asiatisch-karibische Kommandomodell (China). Einschränkend erkennt der Autor an, dass noch Zwischenmodelle nötig sind, um die Unterschiede innerhalb der Typen besser herauszuarbeiten (Blum 205: 9-10). Wie die Ausprägungen in den einzelnen Dimensionen gemessen werden können, bleibt jedoch unklar.

Für die mittel- und osteuropäischen Staaten und deren Transformation konnte die Kommunikationswissenschaft nur einen geringen Beitrag „zur Klärung der Frage nach der Rolle der Massenmedien“ (Thomaß 2001: 39) leisten. Die Beschäftigung der deutschsprachigen Kommunikationswissenschaft mit Transformationsländern ist überschaubar (exemplarisch Dumbrava 2008; Hadamik 2003, 2004; Jarolimek 2009; Kayabasi 2006; Thomaß/Tzankoff 2001; Töpfl 2011). Defizite bestehen aufgrund des Mangels an von der Politikwissenschaft und Soziologie unabhängigen Transformationstheorien, sowie aufgrund eines Fokus auf nur wenige Untersuchungsländer und dem Fehlen eines systematisch vergleichenden Zugangs (Jarolimek 2009: 54-56). Sofern die schon im (Sowjet-)Kommunismusmodell von Siebert et al. (1956) formulierten Aufgaben der Medien zum Fortbestand der Herrschaft der kommunistischen Partei beitrugen und sich während der Transformation änderten, sollte das neuentstandene Verhältnis zwischen Medien und Politik näher betrachtet werden, wofür sich der politische Parallelismus anbietet.

3. Konzept des politischen Parallelismus

Seymour-Ure (1974) führte das Konzept des politischen Parallelismus in die Sozialwissenschaft ein. Die Entstehungszeit politischer Parteien im 19. Jahrhundert ging einher mit der Gründung von Zeitungen, die sie unterstützten. Da das politische Geschehen von den inhaltlichen und ideologischen Positionen der Parteien beeinflusst wurde, fokussierte die Berichterstattung der Zeitungen vor allem die Parteipositionen (Seymour-Ure 1974: 157-158).

Die Verbindung zwischen Politik und Medien kann unterschiedlich charakterisiert werden und wurde von Seymour-Ure anhand der Pressegeschichte Großbritanniens herausgearbeitet und auch für andere Staaten exemplarisch dargestellt. Analytisch lässt sich das Konzept Press-Party-Parallelismus auf der Organisationsebene, in den (Organisations-)Zielen und dem Zusammenhang zwischen Mediennutzung und Parteianhängerschaft auf der Individualebene unterscheiden. Zuerst werden die drei Indikatoren für die Parallelität von einer Zeitung mit einer Partei dargestellt.

- Auf der Organisationsebene sind Parteien formal Eigentümer von Zeitungen und bestimmen deren Blattlinie über die Herausgeberschaft und die Rekrutierung des

Managements. Parteien können aber auch informell mit Zeitungen verbunden sein, wenn der Zeitungsbesitzer eine verantwortliche Position in einer Partei einnimmt oder für eine politische Richtung steht und sich diese dann auch in der politischen Ausrichtung des Mediums widerspiegelt. Theoretisch ist eine Bandbreite zwischen den Endpunkten „organisatorische Verbindung zwischen einer Partei und einer Zeitung“ und „keine organisatorischen Verknüpfung“ denkbar (Seymour-Ure 1974: 161-163).

- Hinsichtlich der Ziele einer Partei ist eine theoretische Reichweite der Partei-Zeitungs-Beziehung zwischen inhaltlich nahe und loyal und inhaltlich unabhängig ebenso möglich. Eine organisatorische Beziehung ist hierbei denkbar, grundsätzlich aber nicht notwendig (Seymour-Ure 1974: 163-165).
- Sofern Mitglieder und Unterstützer einer Partei hauptsächlich eine bestimmte Zeitung rezipieren, kann ebenfalls von der Parallelität von Politik und Medien gesprochen werden. Anhänger von anderer Parteipräferenz als die der Zeitung stellen dabei nicht die Mehrheit der Leserschaft (Seymour-Ure 1974: 168-169).

Eine vierte Variable für die Beschreibung der Beziehung zwischen der Presse und der Politik erweitert den Blickwinkel auf das gesamte Presse- und Parteiensystem eines Landes.

- Sofern die drei obigen Verbindungen nicht nur zwischen einzelnen Zeitungen und Parteien auf Mikro- und Mesoebene bestehen, sondern für alle medialen und politischen Organisationen vorhanden sind, kann dies als Parallelität auf der Makroebene definiert werden. Operationalisiert wird dies sowohl über die Anzahl von Zeitungen und Parteien, die bei Vorhandensein des Parallelismus identisch sind, als auch über die Höhe der Zeitungsauflagen und dem Wähleranteil der Parteien, welche bei einer hohen Parallelität proportional zueinander sind. Die zweite Operationalisierung wird aber vorgezogen, da es in einem Pressesystem vorkommen kann, dass eine Partei von vielen Zeitungen mit niedrigen Einzelauflagen oder wenigen Zeitungen mit hoher Auflage unterstützt werden kann (Seymour-Ure 1974: 173-174).

Um zu bestimmen, ob ein Press-Party-Parallelismus in einem Land vorliegt, wird zur Vereinfachung in jeder Dimension nur zwischen einem hohen oder niedrigen Parallelismus unterschieden. Insgesamt sind theoretisch 16 Kombinationen der vier Variablen möglich. Tabelle 2 stellt diese dar. Die Dimensionen werden folgendermaßen abgekürzt: A Verbindung auf der Organisationsebene; B Loyalität zu Parteizielen; C Parteiunterstützung durch Leserschaft und D Proportionales Verhältnis zwischen Zeitungen und Parteien. Insgesamt ergeben sich fünf Abstufungen des politischen

Parallelismus: Von 1 (kein Parallelismus) bis 5 (vollständiger Parallelismus), wobei es beispielsweise keinen Unterschied für die Einordnung macht, in welcher Kombination die Parallelität vorliegt. Ein hoher Parallelismus in den Dimensionen ACD ist genauso zu bewerten, wie die Kombination ABD (Seymour-Ure 1974: 176).

Tabelle 2: Theoretisch mögliche Press-Party-Parallelism (PPP) in einem Mediensystem

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	1 6
	A	B	A	A	A	D	D	C	D	C	B	D	C	B	A	D
Hoh er PPP	B	C	C	B	B	C	B	B	A	A	A	C	D	D	D	C
	C	D	D	D	C	B	C	D	C	D	D	B	B	C	C	B
	D	A	B	C	D	A	A	A	B	B	C	A	A	A	B	A
	komplett	hoch				mittel						niedrig				kein
	5	4				3						2				1

Quelle: Eigene Darstellung nach Seymour-Ure 1974: 175.

Seymour-Ure nimmt Einordnungen von verschiedenen Staaten in sein Konzept vor: in Japan tritt kein politischer Parallelismus auf (1); die USA wären da sie lediglich eine hohe Parallelität der Organisationsziele von Parteien und Zeitungen aufweisen als System mit niedrigem Press-Party-Parallelism einzuordnen (2); Frankreich, Kanada und (West-)Deutschland besitzen in der Hälfte der Dimensionen einen hohen politischen Parallelismus (3), wobei der Autor eingesteht, dass die Kombinationen 9 und 10 nur theoretisch vorkommen mögen, da eine Organisationsverbindung zwischen Partei und Zeitung ohne identische Ziele unwahrscheinlich ist; die skandinavischen Staaten, die Benelux-Länder, Österreich, Israel, Südafrika, Chile und Kolumbien lassen sich als System mit einem hohen Parallelismus verorten (4) und in der Sowjetunion ist aufgrund des Einparteiensystems ein kompletter Parallelismus vorhanden (5) (Seymour-Ure 1974: 176).

Verschiedene Einflussfaktoren auf die Ausgestaltung von Presse- und Parteiensystemen und somit auf das Verhältnis zwischen Zeitungen und Parteien lassen sich darstellen, ohne dass damit aber kausale Zusammenhänge zwangsläufig vorhanden sein müssen. Für das Pressesystem eines Landes

sind diese die Rolle der Medien in der Gesellschaft und geografische, sozialstrukturelle und ökonomische Faktoren. Für das Parteiensystem, die Anzahl aller Parteien und die relative Stärke einer Partei, Parteiziele und Ideologien, gesellschaftliche Legitimation von Parteien, Parteistrukturen und -funktionen (Seymour-Ure 1974: 177-201).

Um das Forschungsfeld der politischen Kommunikation aus international vergleichender Perspektive für die Forschung fruchtbar zu machen, stellen Blumler/Gurevitch vier Analysedimensionen für die Beschreibung des Verhältnisses zwischen Medien und Politik heraus: Staatseinfluss über Medienorganisationen; Parteilichkeit der Massenmedien bzw. politischer Parallelismus; inwieweit Eliten aus Mediensystem und politischem System gegenseitig integriert werden und schließlich die Funktionsbestimmung und -wahrnehmung von Medieninstitutionen (Blumler/Gurevitch 1995: 62-67). In Anknüpfung an Seymour-Ures Arbeit nehmen Blumler/Gurevitch seine drei Mikro- und Mesounterscheidungen in ihre zweite Dimension auf: Parteeinfluss durch Eigentum und Management; inhaltliche Ausrichtung von Zeitungen und Parteizugehörigkeit der Leser. Aufgrund eines strukturellen Interesses wird die letzte Analysekategorie von Blumler/Gurevitch ausgeblendet (1995: 64-65). Die Determinanten für die Parteilichkeit von Massenmedien sind: alle organisatorischen Verbindungen zu Parteien; die Stabilität und Intensität der politischen Leitlinien eines Mediums und das Vorhandensein bzw. die Abwesenheit einer rechtlichen Grundlage, die die Unterstützung einer Partei durch ein Medium unterbindet (Blumler/Gurevitch 1995: 65).

Da von den Autoren nur ein Analyseraster für die Untersuchung der politischen Kommunikation eines Landes vorgestellt wird, sind folgende fünf Abstufungen des politischen Parallelismus nicht empirisch fundiert (Blumler/Gurevitch 1995: 65):

- Keine Parallelität besteht dann, wenn ein Medium unparteiisch berichtet und die politische Neutralität als das höchste Gut bewertet wird. Beispielsweise trifft dies auf Fernsehanbieter zu, die aufgrund ihrer Sendelizenz bzw. ihrer rechtlichen Grundlage zum inneren Pluralismus angehalten sind.
- Sofern sich Medienorganisationen in ihrer politischen Ausrichtung jedes Mal neu orientieren (beispielsweise während der Wahlkampfzeit; zu bestimmten Themen), kann dies nur als geringe Parteilichkeit bezeichnet werden.
- Eine mittlere Bewertung erhalten Medienorganisationen, die hauptsächlich eine Partei bevorzugen und unterstützen, durch Parteifehler und die Offenheit für die Ziele anderer Parteien diese Unterstützung aber verringern können.

- Sofern keine strukturelle Verbindung zwischen Partei und Medium vorhanden ist, doch eine politische Loyalität des Mediums gegenüber der Partei besteht, nimmt dies einen hohen Wert in der Beschreibung des politischen Parallelismus ein.
- Die höchste Stufe der Parteilichkeit tritt auf, wenn Parteien direkten Einfluss auf Medien ausüben können: dies kann durch die Eigentümerschaft, finanzielle Subventionen oder Parteimitgliedschaft des Managements oder der Herausgeber geschehen. In den skandinavischen Staaten ist dieses häufig anzutreffen.

Für die Arbeit von Hallin/Mancini (2004) ist die Beschäftigung mit dem politischen Parallelismus eine von vier medialen Untersuchungsdimensionen für die Beschreibung von westlichen Mediensystemen. Ihr Konzept des politischen Parallelismus ist gegenüber dem Press-Party-Parallelismus breiter. Sie übernehmen das Verständnis von Seymour-Ures Konzeptualisierung, erweitern es aber um die Beschreibung des Grads der Politisierung der Rundfunkregulierung. Die verschiedenen Komponenten des politischen Parallelismus sind (Hallin/Mancini 2004: 26-30):

- Der Medieninhalt als Indikator für politischen Parallelismus bezieht sich auf journalistische Angebote und deren politische Ausrichtung. Dies betrifft vor allem die Berichterstattung über die Themenfelder Politik und Wirtschaft, teilweise aber auch unterhaltende Formate und Berichte.
- Organisationsverbindungen können zwischen Medien und Parteien bestehen, aber auch zwischen Medien auf der einen und Verbänden und Kirchen auf der anderen Seite, die wiederum über Verbindungen zu Parteien verfügen können.
- Wenn sich Angehörige einer Medienorganisation (Journalist, Herausgeber, Management) aktiv im politischen Leben engagieren, kann dies ebenfalls als Indikator gelten.
- Politische Organisationen unterstützen Journalisten in ihrem Karriereweg.
- Sofern Mediennutzer mit verschiedenen politischen Einstellungen jeweils bestimmte Zeitungen und Fernsehsender nutzen und somit homogene Gruppen bilden, kann von einer Parteinahme des Publikums gesprochen werden.
- Abhängig vom jeweiligen journalistischen Rollenverständnis und den daraus resultierenden Praktiken, kann dies ferner als Indikator für einen politischen Parallelismus gewertet werden. Ein hoher Parallelismus tritt dann auf, wenn Journalisten aktiv die öffentliche Meinung zu beeinflussen versuchen. Als niedriger Grad an politischem Parallelismus kann das Rollenverständnis eines neutralen Beobachters und Berichterstatters gesehen werden.

Für die Regulierung des Rundfunks unterscheiden Hallin/Mancini (2004) zusätzlich zwischen drei Formen.

- Im politics-over-broadcasting-Modell stellt sich Public Service Broadcasting als Staatsfernsehen dar. Direkten Einfluss auf die Fernsehorganisation nimmt entweder die Regierung oder die Parlamentsmehrheit. Als typischer politics-over-broadcasting-Fall wird das französische Fernsehen bis in die 1980er Jahre genannt (Hallin/Mancini 2004: 30).
- Politische Parteien und andere gesellschaftlich relevante Gruppen (zum Beispiel Kirchen, Gewerkschaften, Umweltverbände) üben im politics-in-broadcasting-Modell die Kontrolle in und über Rundfunkorganisationen durch das Proporz-Prinzip aus. Als Beispiele für das Modell lassen sich Radiotelevisione Italiana (RAI) in den 1980er Jahren oder auch die in den Niederlanden auf der Versäulung der Gesellschaft beruhenden jeweiligen Rundfunkanbieter einer Religionsgemeinschaft (Hallin/Mancini 2004: 31-32) anführen.
- Als autonomes Rundfunkmodell werden Fernsehsysteme bezeichnet, die sich durch eine strikte Abwehr gegen politische Kontrolle auszeichnen und von professionellen Medienmachern geführt werden. Durch das politische System kann kein Einfluss auf personelle, inhaltliche und finanzielle Entscheidungen ausgeübt werden. Der britische Rundfunkanbieter British Broadcasting Corporation (BBC) stellt hierbei den Mustertyp dar (Hallin/Mancini 2004: 31).

Der Grad des politischen Parallelismus kann wie oben beschrieben zwischen niedrig und hoch liegen; auf den zusätzlichen mittleren Wert wurde oben schon eingegangen. Die drei Regulierungsformen im Rundfunk können ebenfalls qualitativ zugeordnet werden: das autonome Rundfunkmodell besitzt einen niedrigen politischen Parallelismus, das politics-in-broadcasting-Modell lässt sich in einem mittleren Grad und das politics-over-broadcasting-Modell einer hohen Parallelstruktur zwischen Mediensystem und politischem System zuordnen.

4. Messung des politischen Parallelismus in mittel- und osteuropäischen Staaten

Nach der theoretischen Darstellung des Konzepts des politischen Parallelismus, folgt nun die eigene statistisch-quantitativ vergleichende Analyse über die Verbindungen zwischen Medien und Politik. Einschränkend muss vorangestellt werden, dass im Folgenden nur ein Verständnis des politischen Parallelismus bearbeitet wird. Hierbei handelt es sich um die Verbindung zwischen der

Mediennutzung und der politischen Einstellung. Damit werden die vier anderen Dimensionen – Medieninhalt, Eigentümerstruktur, politische Einstellung von Journalisten, Herausgebern und Eigentümern, Rundfunkregulierung – nicht in die Betrachtung einbezogen. Dass sich innerhalb dieser Dimensionen unterschiedliche Ergebnisse zur Verbindung zwischen Mediensystem und politischem System ergeben können, wird nicht ausgeschlossen. Im Folgenden wird dann zwar vom politischen Parallelismus gesprochen, gemeint ist damit aber nur eine von fünf möglichen Dimensionen.

Als Untersuchungsfälle werden acht mittel- und osteuropäische Staaten nach dem most similar system design (Przeworski/Teune 1970) ausgewählt. Dies sind Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn.² Die Länder bilden die Grundgesamtheit der Untersuchung. Die Gemeinsamkeiten der Fälle liegen in der Erfahrung mit autoritären Regimen bis 1989; im Falle der drei baltischen Staaten bis 1991. Sie haben alle einen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Transformationsprozess durchlaufen und werden als konsolidierte Demokratien eingeschätzt. Mit den drei Transformationsprozessen veränderten sich auch die Mediensysteme der Länder. Bis zum Beginn der Transformation bestimmte der Staat, respektive die herrschende kommunistische Partei, die an das Mediensystem gesteckten Ziele. Unter der autoritären Führung unterstützte das Mediensystem den Systemerhalt des politischen Systems und war dabei durch Zensurmaßnahmen von der Funktionserfüllung eines freien und pluralistischen Mediensystem ausgeschlossen. Mit dem Ende der autoritären Regime lockerten sich die Zensurvorschriften und konnten die Massenmedien in den Untersuchungsländern durch freiere Berichterstattung zum Wandel beitragen. Des Weiteren kann die Mitgliedschaft der acht Länder zur Europäischen Union seit dem Jahr 2004 als Kriterium für das Erfüllen von demokratischen Grundwerten – wozu ebenfalls die Presse-, Informations- und Meinungsfreiheit gehört – bezeichnet werden.

Die ausgewählten Ländern sind ferner interessant für eine empirische Analyse des Konzepts des politischen Parallelismus, da diese bis dahin noch nicht in einer vergleichenden statistisch-quantitativen Arbeit untersucht wurden.

Die Fallanzahl der vorliegenden Untersuchung beträgt acht. Das Konzept wird zu einem Messzeitpunkt (Querschnittsmessung) empirisch gefasst. Das Untersuchungsjahr ist 2004. Dieser

² Für die weitere Beschäftigung mit den untersuchten Länder bieten sich der Sammelband zu politischen Systemen in Osteuropa von Wolfgang Ismayr, das Internationale Handbuch Medien und die Arbeit von Marc Stegherr und Kerstin Liesem für Mediensysteme an (Ismayr 2006; Hans-Bredow-Insitut 2009; Stegherr/Liesem 2010).

Zeitpunkt bietet sich aus forschungspragmatischen Gründen an, da durch die Umfragen zur Wahl des Europäischen Parlaments im gleichen Jahr Erhebungen auf der Individualebene zur politischen Einstellung und der Mediennutzung in einem Datensatz vorliegen. Dies ist die European Election Study 2004 (EES), die in allen 25 Mitgliedsländern der Europäischen Union erhoben wurde.³ Mit einem einzelnen Messzeitpunkt können keine Aussagen über mögliche Veränderungen des Grads des politischen Parallelismus getroffen werden. Auch sind Vergleiche mit ähnlichen Forschungsergebnissen (Van Kempen 2007) nur eingeschränkt möglich. Zwar wurde für diese Arbeit das Forschungsdesign für die westeuropäischen Mitgliedsstaaten der EU des Jahres 1999 benutzt, doch war dies ebenfalls nur eine Messung zu einem Zeitpunkt und der Grad des politischen Parallelismus könnte sich seitdem in den damaligen EU-15-Ländern verändert haben. In einer anderen Arbeit mit dem gleichen Forschungsdesign wurde nur ein Fall – Schweden – in einer Zeitreihenanalyse betrachtet (Van Kempen 2006). Um dies in den mittel- und osteuropäischen Staaten durchführen zu können, müssten für verschiedene Zeitpunkte Daten zur politischen Einstellung und der Mediennutzung in repräsentativer Form vorliegen. Nach gründlicher Recherche ließ sich solch eine Erhebung über mehrere Zeitpunkte für die Untersuchungsländer nicht finden.

4.1 Forschungsmethode und Daten

Die vorliegende Arbeit untersucht die Parallelität zwischen Mediennutzung und politischer Einstellung auf der Grundlage von Individualdaten und repliziert das Forschungsdesign von Van Kempen (2007).

Van Kempen differenziert das Konzept des politischen Parallelismus in die Beziehung zwischen Zeitungen und Parteien (Press-Party-Parallelism PPP), zwischen Fernsehnachrichtensendungen und Parteien (Television-Party-Parallelism TPP) und zwischen Zeitungen und Fernsehnachrichtensendungen auf der einen und Parteien auf der anderen Seite (Media-Party-Parallelism MPP). Die Berechnung des Grads des politischen Parallelismus in einem Land divergiert nur durch die in Betracht gezogenen Medienangebote. Die lineare Regression⁴ wird als statistische

³ Die in dieser Arbeit verwendeten Daten wurden 2004 von der Forschungsgruppe European Election Study erhoben. Die Studie konnte durch verschiedene Forschungsförderungen ermöglicht werden; beispielsweise in Deutschland durch das Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES). Weder die Forschungsgruppe noch einer der Förderer ist in irgendeiner Form verantwortlich für die vorliegende Analyse und Interpretation. Der Datensatz (DOI:10.4232/1.10086) ist über den Internetauftritt der European Election Study (www.europeanelectionstudies.net) und GESIS (www.gesis.org) abrufbar.

⁴ Durch eine lineare Regression können Zusammenhänge quantitativ beschrieben und erklärt werden. Die Werte für die abhängige Variable werden geschätzt und prognostiziert. Lineare Regressionen sind ein sehr flexibles und häufig eingesetztes statistisches Verfahren für Einfach und Mehrfachregressionen, weil

Methode benutzt, um die Verbindung zwischen Medien und Parteien zu bestimmen. Aus der European Election Study 2004 werden die Antworten über die Parteipräferenz als abhängige Variable und die Mediennutzung als unabhängige Variable benutzt. Für jede Partei konnten die Befragten angeben, mit welcher Wahrscheinlichkeit sie diese wählen würden. Als Antwortoptionen stand eine Skala von 1 (sehr unwahrscheinlich) bis 10 (sehr wahrscheinlich) zur Verfügung. Die Mediennutzung von Tageszeitungen und Fernsehnachrichtensendungen wurde durch eine offene gestellte Fragestellung erhoben. Im Datensatz wurden die Ergebnisse zur Mediennutzung auf zwei verschiedene Arten kodiert. In vier der hier untersuchten Länder (Estland, Lettland, Tschechische Republik und Ungarn) wurden die einzelnen Medien vorher konkreten Variablen zugeordnet, so dass pro Variable nur die Antwortmöglichkeiten „ja“ für Nutzung eines Mediums, „nein“ für keine Nutzung vorhanden sind. In vier der hier untersuchten Staaten wurde zwar auch jedem Medium eine konkrete Nummer zugeordnet, doch wurden die Ergebnisse in Abhängigkeit des Befragten eingegeben: wenn Rezipient 1 Zeitung 1 als erste nannte und Rezipient 2 Zeitung 2 wurden beide in der gleichen Variable angegeben. Da aber eine Dichotomie notwendig ist, wurden für alle Medien neue Variablen erzeugt. Diese erhielt den Wert 1, wenn der Befragte in einer seiner Antworten das konkrete Medium nannte. Dieses Verfahren wurde für alle Medien in den drei Ländern (Polen, Slowakische Republik und Slowenien) durchgeführt. In Betracht gezogen wurden alle Parteien, für die Antworten abgegeben wurden, unabhängig davon, ob diese auch zu diesem Zeitpunkt im Parlament vertreten war. Bei der Mediennutzung wurden nur Medien betrachtet, die von mindestens fünf Prozent der Befragten rezipiert wurden. Diese Hürde entstammt Van Kempen (2007: 315 Fußnote 5). Die Medienselektion kann inhaltlich begründet werden: durch diese Einschränkung fallen Medien mit niedrigen Nutzungszahlen heraus. Dazu zählen auch lokale und regionale Medien. Für diese wird ein geringer politischer Parallelismus unterstellt, da sie nach großen Publika in ihren Verbreitungsgebieten zielen, so dass sich eine Parteilichkeit negativ auf die Bereitschaft zur Mediennutzung auswirken könnte.

Die abhängige Variable liegt metrisch skaliert vor und die unabhängige Variable nominal skaliert, weshalb eine lineare Regression Anwendung finden kann (Backhaus et al. 2008: 55). Für beide Variablen wird kein kausaler Zusammenhang unterstellt, sondern das über die Regression zu erhaltende korrigierte R^2 ⁵ wird als Bestimmtheitsmaß für den Zusammenhang zwischen

keine monokausalen Beziehungen vermutet werden, sondern die unabhängige Variable durch verschiedene Größen beeinflusst wird (Backhaus et al 2008: 52).

⁵ R^2 misst die Güte der Anpassung der Regressionsfunktion an die empirischen Daten und ist ein globales Gütemaß. Das korrigierte R^2 minimiert den Einfluss der Regressoren und verringert die Überschätzung. Das korrigierte R^2 ist niedriger als das renommierte Maß R^2 (Backhaus et al. 2008: 67-71).

Mediennutzung und Parteipräferenz genommen. Abhängige und unabhängige Variable könnten auch getauscht werden, dies würde in der Summe aller korrigierten R^2 in einem Land zum gleichen Ergebnis führen.

Eine Gewichtung der einzelnen R^2 durch die Höhe des bei der letzten Wahl erreichten Stimmenanteils ist notwendig. Es ist theoretisch denkbar, dass Wähler einer Partei, beispielsweise einer kommunistischen Partei, vor allem ein ihnen ideologisch nahestehendes Medium nutzen. Wenn alle Parteien gleich in die Berechnung des politischen Parallelismus einfließen, werden Parteien mit einem niedrigen Wähleranteil überschätzt und Parteien mit hohem Wahlerfolg unterschätzt.

Nachdem für jede Partei ein R^2 berechnet wurde, wird dieser Wert mit dem Stimmenanteil der Partei bei der letzten Wahl multipliziert, um obiges Problem auszuschließen. Die Produkte aller Gewichtungen wird summiert und da für „Sonstige Parteien“ keine Daten vorliegen, wird die Summe proportional zur addierten Summe der berücksichtigten Parteien gesetzt.

Pro Land wird somit ein Wert für Press-Party-Parallelism, Television-Party-Parallelism und Media-Party-Parallelism berechnet. Diese können theoretisch zwischen 0 und 100 liegen, wobei 0 für kein Zusammenhang zwischen Mediennutzung und Einstellung steht und 100 für die vollständige Parallelität beider Variablen (siehe Anhang für eine Beispielberechnung).

Die Daten basieren auf Befragungen auf der Individualebene. Von Interesse ist dabei, wie sich der politische Parallelismus dabei für alle Befragten aggregiert ausdrückt, damit eine quantitative Aussage für jeden untersuchten Fall getroffen werden kann. Da für Litauen keine Umfragedaten in der European Election Study 2004 vorliegen, können nur für sieben der acht mittel- und osteuropäischen Staaten, die seit 2004 Mitglied der Europäischen Union sind, Ergebnisse präsentiert werden.

4.2 Ergebnisse

In Tabelle 3 werden die Ergebnisse für die sieben Staaten für Party-Press-Parallelism, Television-Party-Parallelism und Media-Party-Parallelism dargestellt.

Die Varianz der Ergebnisse in der Beziehung zwischen Mediennutzung und Parteipräferenz ist deutlich. Auch können Unterschiede zwischen der Nutzung von Presse und Fernsehnachrichtensendungen festgestellt werden. Dass der Television-Party-Parallelism niedriger ausfällt (Mittelwert 3,053) als der Press-Party-Parallelism (Mittelwert 4,579), liegt an der meist

geringeren parteilichen Berichterstattung im Fernsehen (Van Kempen 2007: 310). Einzige Ausnahme ist Lettland. In dem baltischen Land nutzt der russischsprachige Bevölkerungsteil hauptsächlich Fernsehnachrichten des russischsprachigen Senders, weshalb der Zusammenhang zwischen Medien und Politik in diesem Verständnis deutlich höher ist, als der Großteil der Press-Party-Parallelism in den anderen Staaten.

Tabelle 3: Press-Party-Parallelism (PPP), Television-Party-Parallelism (TPP) und Media-Party-Parallelism (MPP) pro Land 2004

Land	PPP	TPP	MPP
Lettland	7,989	10,224	12,540
Tschechische Republik	8,250	0,356	8,523
Ungarn	5,091	3,734	7,532
Estland	4,479	3,587	6,412
Slowakische Republik	4,576	2,359	6,164
Polen	0,625	0,919	1,471
Slowenien	1,046	0,189	1,138
Mittelwert	4,579	3,053	6,254
Median	4,576	2,359	6,412

Quelle: Eigene Berechnung

Bezugnehmend auf die Entwicklungsprozesse der mittel- und osteuropäische Mediensysteme lässt sich zusammenfassen:

- Die Slowakische Republik, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn zeigen Gemeinsamkeiten in der Presseentwicklung, der geringen Distanz in der Presseberichterstattung zu politischen Strömungen und der hohen Einflussnahme der regierenden Parteien auf den Public Service-Rundfunk zu den Ländern des mediterranen Modells.
- In den beiden baltischen Staaten Estland und Lettland lässt sich ausgehend vom Forschungsstand und den vorliegenden Ergebnissen eine Einordnung zum nordeuropäischen Modell vornehmen. Neben einer politics-in-broadcasting-Regulierung im Public Service Broadcasting ist für die Presse ein mittleres Niveau an politischem Parallelismus festzustellen.
- Polen weist im Pressebereich Ähnlichkeiten mit dem nordeuropäischen Modell auf, die Rundfunkregulierung hingegen ist aufgrund des hohen politischen Einflusses als politics-over-broadcasting zu identifizieren.

Die vorliegenden Ergebnisse bestätigen, aber widersprechen zum Teil diesen Schlüssen. Lettland weist bezüglich des Zusammenhangs zwischen Mediennutzung und Parteipräferenz den höchsten Wert von allen untersuchten Fällen auf. Im Vergleich zu Van Kempens Arbeit (2007) lässt sich Lettland dem mediterranen Modell zuordnen. Die Tschechische Republik, Ungarn, Estland und die Slowakische Republik bilden eine Gruppe mit ähnlichem Media-Party-Parallelismus. Damit zeigen Staaten, die sich laut Literatur sowohl dem mediterranen als auch dem nordeuropäischen Modell zuordnen lassen, einen ähnlichen Grad an politischem Parallelismus hinsichtlich der untersuchten Dimension. In der Tschechischen Republik begründet sich die Parallelität auch nur durch den Zusammenhang zwischen Pressennutzung und Parteipräferenz. Der tschechische Rundfunk wird nicht aufgrund einer politischen Einstellung der Rezipienten genutzt. Keine Parallelität zwischen Mediennutzung und Parteipräferenz ist in Polen und Slowenien festzustellen, obwohl sich die politische Nähe in beiden Ländern in den anderen Dimensionen des politischen Parallelismus finden lässt.

5. Fazit

In der vorliegenden Arbeit wurde der Versuch unternommen, Aussagen über die Beziehung zwischen politischem System und Mediensystem zu treffen. Dabei wurde das in westeuropäischen Staaten entwickelte Konzept des politischen Parallelismus auf sieben mittel- und osteuropäische Fälle übertragen und gemessen. Es wurde ein Beitrag zur Quantifizierung von Mediensystemcharakteristika, zur Beschäftigung mit postkommunistischen Staaten und ihren Medientransformationen und durch Anwendung der vergleichende Methode auch für die Politik- und Kommunikationswissenschaft geleistet.

Der Grad an Parallelität zwischen Medien und Politik in den Untersuchungsländern nimmt unterschiedliche Gestalt an. Aus der Darstellung der einzelnen Fälle steht als Ergebnis fest, dass sich diese dem mediterranen bzw. polarisiert-pluralistischen und dem nordeuropäischen bzw. demokratisch-korporatistischen Modell von Hallin/Mancini (2004) zuordnen lassen. Somit kann festgehalten werden, dass sich die untersuchten Staaten nicht zu einem neuen Mediensystemtypus in Bezug auf die untersuchte Dimension des politischen Parallelismus zusammenfassen lassen, sondern sich in die bestehende Typologie einordnen lassen.

Mit dem Ziel, diese qualitativen Einordnungen statistisch-quantitativ zu fassen, wurde in Anlehnung an Van Kempen (2006, 2007) eine Dimension des politischen Parallelismus untersucht. Den höchsten Grad an politischen Parallelismus weist Lettland auf, einen mittleren Grad zeigen die Tschechische Republik, Ungarn, Estland und die Slowakische Republik und keine Parallelität ist in Polen und Slowenien vorhanden. Für Litauen lagen keine Umfragedaten für das Jahr 2004 vor, weshalb hier keine statistisch begründete Aussage getroffen werden konnte.

Da sich aber nur mit einem Verständnis des politischen Parallelismus statistisch-quantitativ auseinandergesetzt wurde, sind in den anderen Dimensionen unterschiedliche Grade denkbar. Die theoretischen Einordnungen der Untersuchungsländer können hinsichtlich des Grads des politischen Parallelismus somit nur bezüglich der Mediennutzung und der politischen Einstellung gegenüber Parteien ergänzt werden.

Gerade Blums (2005) Einteilung der postkommunistischen Länder in sein osteuropäisches Schockmodell muss widersprochen werden, da sich sowohl theoretisch als auch empirisch nachweisen ließ, dass deutliche Unterschiede zwischen ihnen bestehen, auch wenn die Transformation des politischen Systems und Mediensystems in der dritten Demokratisierungswelle auf ähnlichen Ausgangssituationen beruhte.

Durch den hohen Anteil an Minderheiten in einigen Ländern lassen sich unterschiedliche Mediennutzungspräferenzen und von der Bevölkerungsmehrheit verschiedene Parteipräferenzen feststellen, die Einfluss auf die empirischen Ergebnisse besitzen und den Grad des politischen Parallelismus beispielsweise im Fall Lettlands deutlich erhöhen.

Auf den Ergebnissen dieser Arbeit aufbauend, können folgende offene Forschungsdesiderate genannt werden: 1. neben der vorliegenden Querschnittsmessung in Längsschnittuntersuchungen Aussagen über die Veränderung des Grads dieser Dimension des politischen Parallelismus in Einzelfalluntersuchungen getroffen werden; 2. ist eine Operationalisierung und quantitative Messung der vier anderen Dimensionen des politischen Parallelismus erstrebenswert und 3. lassen sich weitere Fragestellungen – beispielsweise hinsichtlich des Einflusses des politischen Parallelismus auf den Partizipationsgrad der Bürger (Van Kempen 2006, 2007) oder der politischen Informiertheit – formulieren.

Literaturverzeichnis

- Albuquerque, Afonso de (2013): Media/Politics Connections. Beyond Political Parallelism, in: *Media, Culture & Society*, 35. Jg., Nr. 6, S. 742-758.
- Backhaus, Klaus/Erichson, Bernd/Plinke, Wulff/Weiber, Rolf (2008): *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung*, Berlin/Heidelberg: Springer.
- Bayram, Salh (2010): Political Parallelism in the Turkish Press, a Historical Interpretation, in: *Turkish Studies*, 11. Jg., Nr. 4, 579-611.
- Berkel, Barbara (2006): Political Parallelism in News and Commentaries on the Haider Conflict. A Comparative Analysis of Austrian, British, German, and French Quality Newspapers, in: *Communications*. 31. Jg., Nr. 1, S. 85-104.
- Blum, Roger (2005): Bausteine einer Theorie der Mediensysteme, in: *Medienwissenschaft Schweiz*, 15. Jg., Nr. 1/2, S. 5-11.
- Blumler, Jay G./Gurevitch, Michael (1995 [1975]): *The Crisis of Public Communication*, London/New York: Routledge.
- Çarkoğlu, Ali/Yavuz, Gözde (2010): Press-party Parallelism in Turkey. An Individual Level Interpretation, in: *Turkish Studies*, 11. Jg., Nr. 4, S. 613-624.
- Dumbrava, Marina (2008): *Fernsehen und politischer Wandel in der Republik Moldova*, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.
- Europäische Audiovisuelle Informationsstelle (2008): *Jahrbuch 2008. Film, Fernsehen und Video in Europa*, Bd. 1. *Fernsehen in 36 europäischen Staaten*, Straßburg: Europäische Audiovisuelle Informationsstelle.
- Hadamik, Katharina (2003): *Transformation und Entwicklungsprozess des Mediensystems in Polen von 1989 bis 2001*. Dissertation, Universität Dortmund, unter: <https://eldorado.tu-dortmund.de/bitstream/2003/2968/1/Hadamikunt.pdf>, (Stand: 15.11.201).
- Hallin, Daniel C./Mancini, Paolo (2004): *Comparing Media Systems. Three Models of Media and Politics*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Hans-Bredow-Institut (2009) (Hrsg.): *Internationales Handbuch Medien*, Baden-Baden: Nomos.
- Humanes, Maria Luisa/ Montero, María Dolores/ Molina de Dios, Ramón/ López-Berini, Alfredo (2013): Pluralism and Political Parallelism in Spanish Television News Programmes, in: *Revista Latina de Comunicación Social*, 68, S. 566-581.
- IP International Marketing Committee (2005): *Television 2005. International Key Facts*, Köln: IP Deutschland.
- Ismayr, Wolfgang (2006) (Hrsg.): *Die politischen Systeme Osteuropas*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Jakubowicz, Karol (1999): Normative Models of Media and Journalism and Broadcasting Regulation in Central and Eastern Europe, in: *International Journal of Communications Law and Policy*, 1. Jg., Nr. 2, S. 1-32.
- Jaromilek, Stefan (2009): *Die Transformation von Öffentlichkeit und Journalismus. Modellentwurf und das Fallbeispiel Belarus*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Jarren, Otfried/Donges, Patrick (2006): *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag.

- Kayabasi, Songül (2006): Struktur- und Grundmerkmale der aserbajdschanischen Presselandschaft. Die Rolle der Presse im Transformationsprozess Aserbajdschans. Fallstudien einzelner Tageszeitungen. Dissertation, Ruhr-Universität Bochum, unter: <http://www-brs.uni-bochum.de/netahtml/HSS/Diss/KayabasiSonguel/diss.pdf> (Stand:15.11.2013).
- Kraidy, Marwan M. (2012): The Rise of Transnational Media Systems: Implications of Pan-Arab Media for Comparative Research, in: Hallin, Daniel/Mancini, Paolo (Hrsg.): *Comparing Media Systems beyond the Western World*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 177-200.
- Massmann, Annette (2003): *Kuba. Globalisierung, Medien, Macht. Eine Indikatorenanalyse zur Klassifikation von Mediensystemen im Zeitalter der Globalen Netzwerkgesellschaft*, Frankfurt am Main: IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation.
- Mellado, Claudia/Moreira, Sonia V./Lagos, Claudia/Hernández, María E. (2012): Comparing Journalism Cultures in Latin America. The case of Chile, Brazil and Mexico, in: *International Communication Gazette*, 74. Jg, Nr. 1, S. 60-77.
- McQuail, Denis (2010): *McQuail's Mass Communication Theory*, Los Angeles et al.: Sage.
- Nordenstreng, Kaarle (1997): Beyond the Four Theories of the Press, in: Koivisto, Juha/Lauk, Epp (Hrsg.): *Journalism at the Crossroads. Perspectives on Research*, Tartu: Tartu University Press, S. 47-64.
- Przeworski, Adam/Teune, Henry (1970): *The Logic of Comparative Social Inquiry*, New York: John Wiley.
- Puppis, Manuel (2010): *Einführung in die Medienpolitik*, Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Schneider, Beate (2002): Mediensystem, in: Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich (Hrsg.): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 422-430.
- Seymour-Ure, Colin (1974): *The Political Impact of Mass Media*, London: Constable.
- Siebert, Fred S./Peterson, Theodore/Schramm, Wilbur (1956): *Four Theories of the Press. The Authoritarian, Libertarian, Social Responsibility and Soviet Communist Concepts of what the Press should be and do*, Urbana/Chicago: University of Illinois Press.
- Stegherr, Marc/Liesem, Kerstin (2010): *Die Medien in Osteuropa. Mediensysteme im Transformationsprozess*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Thomaß, Barbara (2001): Kommunikationswissenschaftliche Überlegungen zur Rolle der Medien im Transformationsprozess, in: Thomaß, Barbara/Tzankoff, Michaela (Hrsg.): *Medien und Transformation in Osteuropa*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 39-64.
- Thomaß, Barbara (2007): Mediensysteme vergleichen, in: Thomaß, Barbara (Hrsg.): *Mediensysteme im internationalen Vergleich*, Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft, S. 12-41.
- Thomaß, Barbara/Kleinstüber, Hans J. (2011): Comparing Media Systems: The European Dimension, in: Trappel, Josef/Meier, Werner A./D'Haenens, Leen/Steemers, Jeanette/Thomaß, Barbara (Hrsg.): *Media in Europe today*, Bristol/Chicago: Intellect, S. 23-42.
- Thomaß, Barbara/Tzankoff, Michaela (Hrsg.) (2001): *Medien und Transformation in Osteuropa*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Töpfl, Florian (2011): *Mediensysteme in Transformationsprozessen. Wie entstehen pluralistische Mediensysteme – und warum nicht?*, Baden-Baden: Wiesbaden.
- Van Kempen, Hetty (2006): Press-Party-Parallelism and Its Effects in Sweden. A Longitudinal Study. 1979-2002, in: *Scandinavian Political Studies*, 29. Jg., Nr. 4, S. 407-422.

Van Kempen, Hetty (2007): Media-Party-Parallelism and Its Effects. A Cross-National Comparative Study, in: *Political Communication*, 24. Jg, Nr. 3, S. 303-320.

Vodicka, Karel (2006): Das politische System Tschechiens, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): *Die politischen Systeme Osteuropas*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 247-284.

Waisbord, Silvio (2013): Media Systems in Latin America. Media Patrimonialism and the Virtues of 'Methodological Statism'. 2013 World Social Science Forum, 13.-15. Oktober 2013, Montreal.

Anhang

Die Berechnung des Media-Party-Parallelism wird am Beispiel der Tschechischen Republik im Jahr 2004 erklärt.

Partei	Korrigiertes R ²	Stimmenanteil der Partei ^a	Gewichtetes R ²
CSSD	0,015	30,2	0,453
CKDU-CSL	0,026	10,15	0,264
KSCM	0,204	18,5	3,774
ODS	0,115	24,5	2,818
US-DEU	0,036	4,15	0,149
		Σ 87,5 ^b	Σ 7,458
MPP			8,523 (7,458/87,5x100)

Quelle: Eigene Berechnung; nur Zeitungen und Fernsehnachrichten, die von mindestens 5 Prozent der Befragten genutzt werden

a: Anteil der Stimmen bei der letzten nationalen Wahl vor der Wahl zum Europäischen Parlament 2004; Quelle: Vodicka 2006: 254. Da CKDU-CSL und US-DEU als Wahlbündnis antraten, wurde anhand des Stimmenanteils in Höhe von 14,3 Prozent proportional zu den Mandaten für beide jeweils der Stimmenanteil berechnet.

b: Die Differenz zwischen diesem Wert und 100 Prozent repräsentiert „Sonstige Parteien“.

Donau-Institut Working Papers
ISSN 2063-8191

Kopien können bestellt werden bei:

Universitätsbibliothek
Andrássy Universität Budapest
PF 1422
1464 Budapest
Hungary

Besuchen Sie uns auf unserer Homepage unter <http://www.andrassyuni.eu/donauinstitut>. Wir machen sie darauf aufmerksam, dass wir die Weitergabe des entsprechenden Working Paper einstellen, falls eine revidierte Version für eine Publikation an anderer Stelle vorgesehen ist.